



**Klima
Allianz**
Deutschland

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

DER KLIMAKRISE ENTGEGENTRETEN – JETZT MUTIG UND KONSEQUENT HANDELN

Forderungen zur 26. Weltklimakonferenz in Glasgow



KERNFORDERUNGEN

- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, zu einer **inklusiven und partizipativen Klimakonferenz** beizutragen. Die Zivilgesellschaft sollte – ungeachtet der Herkunft und der finanziellen Kapazität – an Entscheidungsprozessen beteiligt sein. Dabei gilt es, Verhandlungsakteuren einzubeziehen, die im Verhandlungsprozess benachteiligt sind, etwa indigene und lokale Bevölkerungsgruppen, Frauen und LSBTIQ, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und die Jugend.
- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, sich dafür einzusetzen, dass die globalen Emissionen bis 2030 halbiert und alle nationalen **Klimaschutzpläne** (NDCs) sofort aktualisiert und erhöht werden. Dies gilt insbesondere für den europäischen NDC, um eine Treibhausgasneutralität bis 2040 anzustreben.
- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, sich für einheitliche **5-Jahres-Implementierungsperioden** und gemeinsame **Regeln für die Berichterstellung** einzusetzen. Überdies soll die Bundesregierung dafür einstehen, zivilgesellschaftliche Akteure aktiver in den Prozess der globalen Bestandsaufnahme (*Global Stocktake*) einzubinden.
- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, sich bei **Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens** für ambitionierte soziale, ökologische und menschenrechtsbasierte *Safeguards* einzusetzen und keine Doppelzählungen oder die Anerkennung von bereits geleisteten Minderungen – etwa durch alte CDM-Zertifikate aus dem Kyoto-Protokoll – zuzulassen.
- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, die bereitgestellte **Klimafinanzierung** neu und zusätzlich zu ihren Verpflichtungen der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) auszurichten und sich dafür einzusetzen, die Mittel global deutlich aufzustocken. Die Verhandlungen über das neue Klimafinanzierungsziel nach 2025 sollten noch dieses Jahr bei der COP26 beginnen.

- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, die konkrete Umsetzung des **globalen Anpassungsziels** voranzutreiben und ausreichende und längerfristige Finanzausgaben für den UN-Anpassungsfonds anzukündigen. Der Anteil der internationalen Klimafinanzierung für Anpassungsmaßnahmen sollte dabei von aktuell rund 20 auf 50 Prozent erhöht werden.
- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, Zusagen zur Bereitstellung neuer und zusätzlicher Finanzmittel für **Schäden und Verluste** zu machen, die über die Zusagen für Minderung und Anpassung hinausgehen. Außerdem sollte die Bundesregierung das Arbeitsprogramm der *Task Force on Displacement* politisch und finanziell unterstützen mit dem Ziel, **klimabedingte Vertreibung** zu vermeiden.
- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, sich für eine stärkere Priorisierung von **Action for Climate Empowerment (ACE)** einzusetzen und diese in den nationalen und europäischen Klimaschutzplänen zu verankern. Ziel ist es, Bürger*innen besser über die Folgen von Klimakrise und Klimaschutzmaßnahmen zu informieren.
- ▶ **Wir fordern die Bundesregierung auf**, mit einem **Sofortprogramm Klimaschutz** zu beweisen, dass sie Klimaschutz ernst nimmt und einen Pfad festlegt, wie die nationalen Klimaziele sozial gerecht zu erreichen sind.

2021

DER KLIMAKRISE ENTGEGENTRETEN – JETZT MUTIG UND KONSEQUENT HANDELN

Forderungen zur 26. Weltklimakonferenz in Glasgow

Nach zwei Jahren ohne reguläre internationale Klimaverhandlungen findet die 26. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (COP26) vom 31. Oktober bis 12. November in Glasgow unter besonderen Vorzeichen statt: Noch immer beeinträchtigt die globale COVID-19-Pandemie massiv die Gesundheit und den Alltag von Millionen Menschen, vor allem im Globalen Süden. Gleichzeitig schreitet die Klimakrise immer schneller voran, wie es der erste Teil des 6. Sachstandsberichts des Weltklimarates (IPCC) vom August 2021 verdeutlicht hat.

Auch der Sommer 2021 hat gezeigt: Extremwetterereignisse werden immer häufiger und gefährlicher. Wir haben Starkregen und Hochwasser in Deutschland, China und Indien erlebt, Waldbrände im Mittelmeerraum und extreme Hitze in Kanada. **Die letzten eineinhalb Jahre haben uns vor Augen geführt, wie dringlich die Vorsorge in Bezug auf Naturkatastrophen und Pandemien ist.** Auch während der anhaltenden COVID-19-Pandemie gilt es, die globale Klimakrise sowie ihre kurz- und langfristigen Folgen bestmöglich einzudämmen.

Das Jahr 2021 hat aber auch positive Signale für den Klimaschutz gebracht: Die USA haben sich dem Pariser Klimaabkommen wieder verpflichtet. Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass die Klimaziele in Deutschland nicht ausreichen. Und Millionen von Menschen gingen weltweit auf die Straße oder demonstrierten im Netz für eine wirksame Klimapolitik. **Die Klimakrise erfordert schnelles und entschiedenes politisches Handeln für transformative Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen.** Die gute Nachricht ist: Die Lösungen zum Umgang mit der Klimakrise liegen auf dem Tisch. Sie müssen nun zügig, mutig und konsequent umgesetzt werden – in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Weltklimakonferenz in Glasgow kann hier zu einem Meilenstein werden. Dazu müssen die Beteiligten

die noch offenen Fragen klären, deren Beantwortung nötig ist, um die Regeln für die Umsetzung des Pariser Abkommens angemessen auszugestalten. Lücken bei der Anwendung der Regeln sollten sie unbedingt verhindern. Ziel sollte es sein, sich auf einen robusten, gemeinsamen Zeitrahmen für die Umsetzung der Klimaziele zu einigen. Gleichzeitig müssen die Entscheidungsträger*innen Artikel 6 zur Regelung des internationalen Emissionshandels ambitioniert ausformulieren. Alle Staaten sollten ihre überarbeiteten und verbesserten nationalen Klimaschutzpläne (NDCs) und Langfriststrategien sowie Finanzierungszusagen nicht nur vorlegen, sondern diese auch schnellstmöglich durch kurz- und mittelfristige Umsetzungspläne ergänzen und Wege zu einer umfassenden Dekarbonisierung – der Abkehr von fossilem Brennstoff über den Energiesektor hinaus – aufzeigen.

Neben den offenen Punkten aus dem Regelbuch des Pariser Abkommens müssen insbesondere Anpassungsmaßnahmen und der Umgang mit Schäden und Verlusten im Globalen Süden finanziell besser abgedeckt und weiterentwickelt werden. Dazu gilt es, Strategien für den Umstieg auf erneuerbare Energien im Globalen Süden durch Finanzierungen, Technologietransfer und Trainingsmaßnahmen zu unterstützen.

Deutschland und die EU tragen für das Gelingen der COP26 eine große Verantwortung. Um ihr gerecht zu werden, muss die EU ihren fairen Beitrag an Emissionsminderungen leisten, durch internationale Klimafinanzierung, aber auch indem sie die Länder unterstützt, die über weniger finanzielle Ressourcen verfügen und schon jetzt massiv von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind. Wenn Deutschland und die EU bei den Klimaverhandlungen deutlich für einen ambitionierten Klimaschutz eintreten, ermutigen sie auch andere zu verstärkten Bemühungen.

1 | PRINZIPIEN DER KLIMAGERECHTEN

PARTIZIPATION AM UNFCCC-PROZESS

Transparenz und Inklusion sind wichtige Themen bei der diesjährigen Klimakonferenz. Die COP26-Präsidenschaft hat in ihrem Brief an die Teilnehmenden im Juli bekräftigt, die Konferenz inklusiv zu gestalten. **Die COVID-19-Pandemie jedoch erschwert die physischen Teilnahmemöglichkeiten, insbesondere für Delegationen und zivilgesellschaftliche Organisationen aus dem Globalen Süden.** Aufgrund der ungleichen Impfstoffverteilung, zusätzlicher finanzieller Kosten, langer Quarantänezeiten, aber auch des erhöhten Aufwands durch pandemiebedingt veränderte Reiserouten wird es bei der Anreise nach Glasgow große Hindernisse geben. Auch sind durch die Pandemie die Plätze für Beobachter*innen reduziert. Das Hygienekonzept der COP ist nicht geeignet, allen eine Teilnahme zu ermöglichen. Es besteht ein großes Risiko, dass Vertreter*innen von Regierungen und der Zivilgesellschaft aus dem Globalen Süden im Vergleich zu den vorherigen Konferenzen deutlich unterrepräsentiert sein werden.

Indigene Bevölkerungsgruppen spielen eine wichtige Rolle für den Natur- und Klimaschutz. Mit ihrem über Generationen gewonnenen traditionellen Wissen können sie wichtige Beiträge für lokale Minderungs- und Anpassungsstrategien leisten. Deshalb sollten indigene Bevölkerungsgruppen und lokale Gemeinschaften aktiv bei der Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen beteiligt werden, insbesondere wenn sie von den Maßnahmen direkt betroffen sind. Die Ergebnisse der Plattform für lokale Gemeinschaften und indigene Bevölkerungsgruppen (*Local Communities and Indigenous Peoples Platform, LCIPP*) sollten bei den Verhandlungen berücksichtigt werden.

Frauen und LSBTIQ (Menschen, die sich als lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell/transgender, intergeschlechtlich und/oder queer identifizieren) sind in den Klimaverhandlungen unterrepräsentiert.

Um die Verhandlungen inklusiver und diverser zu gestalten, sollte bei der Teilhabe an den Prozessen der COP sowie der Bildung von Expertise in den nationalen Delegationen auf eine höhere aktive Beteiligung nicht männlicher Personen gesetzt werden.

Junge und künftige Generationen werden unverhältnismäßig stark von der Klimakrise betroffen sein – auch durch den vom Klimawandel beschleunigten Verlust natürlicher Ökosysteme und der Artenvielfalt. Die Verhandlungen müssen daher auch Generationengerechtigkeit zum Ziel haben.

Über ACE – Action for Climate Empowerment – sollen Bürger*innen über die Folgen von Klimakrise und Klimaschutzmaßnahmen informiert werden. ACE und die sechs Elemente des Doha-Arbeitsprogramms (Bildung, Ausbildung, öffentlicher Zugang zu Informationen, öffentliches Bewusstsein, öffentliche Beteiligung und internationale Zusammenarbeit) sind die Schlüssel für einen integrativen Prozess. Um die Rechte auf Klimabil- dung, Zugang zu Informationen und die Beteiligung an umweltpolitischen Entscheidungen zu fördern, müssen besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen einbezogen werden. Es ist wichtig, dass diese Bildungskomponente über ACE-Strategien auch in den nationalen Klimaplänen (NDCs) verankert wird.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ sich für ein **inklusives Konzept hinsichtlich des Zugangs zu den Verhandlungen einzusetzen**. Vor allem Teilnehmende aus Ländern, die auf der sogenannten roten Liste der Länder mit Virusvarianten- oder Hochrisikogebieten stehen, sollten Unterstützung bei Tests und Quarantäne-Übernachtungen vor Ort erhalten.
- ▶ dafür einzutreten, **dass besonders benachteiligte Verhandlungsakteure angemessen eingebunden werden**. Dazu gehören indigene Bevölkerungsgruppen, BIPOC (*Black, Indigenous, People of Color*), Frauen und LSBTIQ, Menschen mit Behinderungen, ältere sowie junge Menschen.
- ▶ sich dafür einzusetzen, **dass nachhaltige Bildung durch den ACE-Prozess in der globalen Klimaagenda stärkeres Gewicht erhält**, indem ACE in die europäischen und nationalen Klimapläne integriert wird.
- ▶ **Geschlechteranalysen (Gender Impact Assessments) in den aktualisierten NDC Deutschlands aufzunehmen**, um die Klimaschutzmaßnahmen so inklusiv wie möglich zu gestalten.

2 | AMBITIONSSTEIGERUNG ALLER LÄNDER

Auf der Weltklimakonferenz in Madrid 2019 blieb das nötige Aufbruchssignal aus, die Klimaziele weltweit anzuheben. Durch die coronabedingte Absage der Klimakonferenz im Jahr 2020 fehlte indes das internationale politische Moment dazu. Das konnten auch der *Climate Ambition Summit* zum fünfjährigen

Paris-Jubiläum im Dezember 2020, der Wiedereintritt der USA in das Pariser Klimaabkommen und der *Climate Leaders Summit* im Juni 2021 nicht aufwiegen. Bei der Klimakonferenz in Glasgow muss es nun darum gehen, das Tempo bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen massiv zu erhöhen.

Nationale Beiträge zum Klimaschutz

Bei der Ambitionssteigerung handelt es sich vor allem um die Erhöhung der national festgelegten Beiträge zum Klimaschutz, kurz *NDC-Enhancement*, sowie deren schnelle Umsetzung. Die NDCs (*Nationally Determined Contributions*) beinhalten die Bemühungen der Vertragsstaaten, ihre Emissionen zu verringern und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel festzulegen. Bis Ende Juli 2021 haben 110 Länder neue oder nachgebesserte NDCs eingereicht. Die Summe dieser Pläne reicht nach einem Bericht des UN-Klimasekretariats aber bei Weitem nicht aus, um die 1,5-Grad-Grenze einzuhalten. Trotz der Ankündigungen zur Erhöhung der nationalen Klimaziele seitens der USA, Japans, Kanadas und Südafrikas steuert die Welt auf eine globale Erhitzung um 2,4 bis 3,0 Grad Celsius bis 2050 zu.

Bei der COP26 müssen die Verantwortlichen nun die Grundlagen dafür schaffen, die Ambitionslücke zum Erreichen der Ziele von Paris deutlich zu verringern. Zentral dafür ist der Aufruf zur sofortigen Ambitionserhöhung. Auch die nächste Runde von NDC-Erhöhungen ab 2025 müssen sie bereits jetzt vorbereiten. Gleichzeitig gilt es, die Umsetzungslücke für die angekündigten Ziele zu schließen und sicherzustellen, dass die in den NDCs vorgelegten Ziele durch effektive Maßnahmenpakete erreicht werden.

Außerdem sind die Länder dazu aufgerufen, Langfriststrategien (LTS) vorzulegen. Diese sollen nicht nur mit dem Pariser Langfristziel, der Klimaneutralität und der 1,5-Grad-Grenze vereinbar sein, sondern auch Orientierung für die Erhöhung der 2030-Ziele in den NDCs bieten.

Da der Schutz und die nachhaltige Nutzung von Ökosystemen dazu beitragen, Emissionen zu verringern beziehungsweise Kohlenstoff zu binden, sollten sie einen Teil der nationalen Klimapläne darstellen. **Die Rolle der Ökosysteme für die Bekämpfung der Klimakrise sowie ihre Bedrohung durch die Erderhitzung müssen daher in den Verhandlungen eine größere Berücksichtigung finden – ebenso wie naturbasierte Lösungen (Nature Based Solutions).** Dabei gilt es, die Dialoge zu Ozeanen, Klima, Land und Anpassung, aber auch das geplante Ständige Finanz-Forum zu naturbasierten Lösungen in menschenrechtsbasierter Form einzubeziehen.

Wo einzelne Länder bei der Umsetzung der Pariser Klimaziele an ihre Grenzen kommen, können bilaterale oder multilaterale Partnerschaften zwischen Ländern neue Möglichkeiten schaffen. Für eine kohärente Umsetzung von internationalen Partnerschaften (oder Paris-Partnerschaften) ist es jedoch auch in Deutschland nötig, die Klimaaußenpolitik als gemeinsame Aufgabe verschiedener Ministerien aufzuwerten.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ sich dafür einzusetzen, **dass alle 2030-Ziele (NDCs) möglichst sofort aktualisiert und erhöht werden**, um die globalen Emissionen bis 2030 halbieren zu können und den 1,5-Grad-Pfad in Reichweite zu bringen. Die globale Bestandsaufnahme im Jahr 2023 sollte diese Bemühungen widerspiegeln.
- ▶ sich für eine **deutliche Erhöhung des europäischen NDC einzusetzen und eine Reduktion der Emissionen um 65 Prozent bis 2030 auf Machbarkeit zu prüfen**. Die Treibhausgasneutralität sollte in der EU bis 2040 angestrebt werden.
- ▶ **Länder des Globalen Südens bei der Erstellung, Nachbesserung und Umsetzung der NDCs zu unterstützen**, beispielsweise durch den Aufbau von Paris-Partnerschaften.
- ▶ sich bei der COP26 dafür einzusetzen, dass **naturbasierte Reduktionen von Treibhausgasemissionen** (inklusive der Senkenleistungen von Ozeanen und durch die Integration in die NDCs), aber auch **die Resilienzleistungen von Ökosystemen stärker im UNFCCC-Prozess berücksichtigt werden**.

3 | TRANSPARENZ, GEMEINSAMER ZEITRAHMEN UND GLOBALE BESTANDSAUFNAHME

Einige der noch offenen Verhandlungspunkte zur Umsetzung des Pariser Abkommens sind grundlegende Stellschrauben zur Zielsetzung und Zielüberprüfung. Hier ist es notwendig, eine solide Basis zu schaffen: Hinsichtlich der Transparenz der Prozesse, bezüglich eines gemeinsamen Zeitrahmens und in Vorbereitung auf die globale Bestandsaufnahme zur Umsetzung des Abkommens gilt es eine Einigung zu erreichen.

Der Transparenzrahmen des Paris-Abkommens gibt vor, dass alle Vertragsstaaten im zweijährigen Rhythmus Fortschrittsberichte einreichen müssen. Allerdings hat man sich noch nicht auf eine einheitliche Berichterstattung geeinigt, die unter anderem über Fortschritte beim Klimaschutz und bei der Klimafinanzierung Aufschluss geben soll.

Gleichzeitig gibt es keine Vorgabe für einen gemeinsamen Zeitrahmen (*Common Timeframes*), in dem die NDCs umgesetzt sein müssen. Es droht ein Durcheinander, wenn manche Länder sich Ziele für die nächsten fünf, andere für die nächsten zehn Jahre setzen. Der Pariser Ambitionsmechanismus legt bislang einen

5-Jahres-Rhythmus für die Überarbeitung der NDCs fest. Es ist daher sinnvoll, die Umsetzungszeiträume der NDCs auf nationaler Ebene ebenfalls auf fünf Jahre zu begrenzen. So können die Länder schneller auf wissenschaftliche Erkenntnisse sowie ökonomische und technologische Veränderungen reagieren und zu niedrig angesetzte Ziele mit Ablauf des Zeitraums nachbessern.

Die globale Bestandsaufnahme (*Global Stocktake*) ist das wichtigste Instrument zur Messung des Fortschritts und der Wirkung, die die Umsetzung des Paris-Abkommens nach sich zieht. Alle fünf Jahre wird der globale Fortschritt hinsichtlich der Maßnahmen für Klimaschutz und Anpassung, der Schäden und Verluste sowie der internationalen Klimafinanzierung anhand neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und in Bezug auf Gerechtigkeitskriterien überprüft. Verschiedenste Akteure, besonders nicht staatliche Agierende, sollten Beiträge zum *Global Stocktake* leisten können. Die Leitfragen für die Bestandsaufnahme müssen auch bisher vernachlässigte Inhalte wie Schäden und Verluste widerspiegeln.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ sich bei der **COP26 für einheitliche 5-Jahres-Perioden** (Common Timeframes) zur Implementierung der NDCs einzusetzen.
- ▶ darauf hinzuwirken, dass der gemeinsame Transparenzrahmen mit robusten Regeln versehen wird und insbesondere **Berichtsregeln für die Bereitstellung von Klimafinanzierung beschlossen werden**, bei denen die tatsächliche Klimarelevanz von Fördermaßnahmen transparent beschrieben wird.
- ▶ sich dafür einzusetzen, **dass zivilgesellschaftliche Akteure aktiver im Prozess der globalen Bestandsaufnahme eingebunden werden**. Der Fragenkatalog des Global Stocktake indes sollte den Umgang mit Schäden und Verlusten infolge der Klimakrise sowie die Empfehlungen des 6. Sachstandsberichts des IPCC zur Rolle von natürlichen Senken an Land und in den Ozeanen berücksichtigen.

4 | HANDEL MIT EMISSIONSMINDERUNGEN – ARTIKEL 6

Der Artikel 6 des Paris-Abkommens setzt Kriterien für die bilaterale Übertragung von Emissionsminderungen zwischen Staaten (Art. 6.2), für einen zentralen optionalen Markt-Mechanismus (Art. 6.4) und für einen Nicht-Markt-Mechanismus (Art. 6.8).

Auf der kommenden COP sollen die Regeln der Mechanismen des Artikels 6 beschlossen werden. **Entscheidend ist hierbei vor allem, dass die Entscheidungsträger*innen Schlupflöcher stopfen, Rechentricks verhindern und menschenrechtsbasierte Standards in die Regularien integrieren.** Bei falscher Ausgestaltung der Regeln drohen die weltweiten Klimaschutzbemühungen massiv untergraben zu werden. Die San-José-Prinzipien für einen transparenten und fairen Kohlenstoffmarkt, die Deutschland und die EU bei der COP25 unterstützt haben, bieten hier einen Mindeststandard, der als Ausgangspunkt gesetzt sein muss.

Zu einer klimafreundlicheren Ausgestaltung gehört es auch, Doppelzählungen von Emissionsminderungen, die Zusätzlichkeit der Minderungsmaßnahmen über die nationalen Klimapläne hinaus sowie die Verhinderung einer Übertragung von bereits abgegoltenen Minderungen aus

dem *Clean Development Mechanism* (CDM) zu verhindern. Um zusätzlichen Klimaschutz durch Artikel 6 zu erreichen, wurde das Prinzip zur Gesamtminderung von Treibhausgasemissionen (*Overall Mitigation of Emissions, OMGE*) eingeführt. Dafür sollte ein fester Anteil der gehandelten Emissionsminderungen gelöscht werden.

Für eine nachhaltige Umsetzung der Mechanismen aus Artikel 6 ist es notwendig, soziale, ökologische und menschenrechtsbasierte Safeguards festzuschreiben, die auch die Partizipationsmöglichkeiten der lokalen Bevölkerung und indigener Gruppen erhöhen.

Die Verpflichtung zu den sogenannten *Corresponding Adjustments* zur Vermeidung von Doppelzählungen muss auch für andere internationale Handelssysteme, wie CORSIA (CO₂-Kompensations- und Reduktionssystem für die internationale Luftfahrt, *Carbon Offsetting and Reduction Scheme for International Aviation*), und für private Akteure wie Unternehmen eingeführt werden.

Die Ausgestaltung des Artikels 6.8 zu nicht-marktbasierten Mechanismen sollte bei der COP26 ebenfalls zu einem Abschluss kommen.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ sich dafür einzusetzen, dass die **Kooperationsmechanismen des Artikels 6 zur Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze beitragen.** Dies muss durch zuverlässig ausgestaltete *Corresponding Adjustments* gewährleistet werden, die sowohl für Artikel 6.2 und 6.4 als auch für Privatakteure auf dem freien Markt gelten.
- ▶ sicherzustellen, dass **zu handelnde Emissionsminderungen zusätzlich sind und bereits geleistete Minderungen,** etwa durch alte CDM-Zertifikate, **nicht übertragen werden können.**
- ▶ sich für **ambitionierte soziale, ökologische und menschenrechtsbasierte Safeguards in Artikel 6 einzusetzen.**
- ▶ dafür einzustehen, **die Erlöse aus Artikel 6 auch für die internationale Klimafinanzierung,** insbesondere für Anpassungsmaßnahmen, **zur Verfügung zu stellen.**
- ▶ **den Artikel 6.8 so auszugestalten, dass Nord-Süd-Partnerschaften für den Klimaschutz als nicht marktbasierter Kooperationsmechanismen anerkannt werden.**

5 | DER UMGANG MIT KLIMAWANDELFOLGEN

Anpassung an den Klimawandel

Das globale Anpassungsziel (*Global Goal on Adaptation*) unter Artikel 7.1 des Paris-Abkommens richtet sich darauf, die Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung aller Länder zu verbessern und Verwundbarkeiten zu verringern. Um dieses Ziel erreichen zu können, müssen die einzelnen Länder ambitionierte Klimaanpassungspläne (NAPs) und Langfriststrategien ausarbeiten. Die Länder des Globalen Südens sollten bei ihrer Umsetzung unterstützt werden, insbesondere indem mehr Mittel für Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Bei der COP26 sollte sich die deutsche Regierung dafür einsetzen, das globale Anpassungsziel um konkrete Instrumente zur besseren Umsetzung, zur Messung des Fortschritts sowie zur Evaluierung der Wirkungen zu ergänzen. Dafür braucht es ausreichend finanzielle Mittel, Technologien und Kapazitäten, die auch im Globalen Süden zur Verfügung stehen müssen. Denn: Nur eine globale Antwort kann den Umgang mit der globalen Erhitzung ermöglichen, die auf 1,5 Grad begrenzt werden muss, um den Anpassungsbedarf möglichst gering zu halten.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ **neue und vor allem mehrjährige Finanzausgaben für den Adaptation Fund und den Least Developed Countries Fund zu machen.**
- ▶ sich für eine **deutliche Steigerung der öffentlichen Klimafinanzierung** einzusetzen und den **Anteil für Anpassungsmaßnahmen bis 2025 mit zusätzlichen Mitteln auf 50 Prozent zu erhöhen.** Damit sollten von der Klimakrise besonders betroffene Ländergruppen wie das Climate Vulnerable Forum, die kleinen Inselstaaten (*Small Development Island States*, SDIS) und die ärmsten Länder des Globalen Südens (*Least Developed Countries*, LDC) bei ihren ambitionierten Anpassungsstrategien unterstützt werden.

Schäden und Verluste

Die Anzahl und Auswirkungen klimabedingter Naturkatastrophen sind in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Der Weltkatastrophenbericht 2020 des Roten Kreuzes spricht von weltweit 308 Naturkatastrophen im Jahr 2019, von denen 77 Prozent auf klimatische Veränderungen zurückzuführen sind. Besonders betroffen sind *Least Developed Countries* (LDC) und *Small Development Island States* (SDIS), dort fordern Klimakatastrophen viele menschliche Opfer und zerstören die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur.

Im Jahr 2020 hat das *Internal Displacement Monitoring Centre* (IDMC) 30,7 Millionen neue durch klimatische Katastrophen begründete Migrationen und Vertreibungen erfasst. Drei Viertel der innerstaatlichen Migrationsbewegungen waren auf Katastrophen zurückzuführen, dreimal so viele wie durch Konflikte und Gewalt.

Klimabedingte Schäden und Verluste sollten die Verhandlungen der COP mit hoher Priorität behandeln. Dabei ist es wichtig – zusätzlich zu den Extremwetterereignissen, den sogenannten *Slow Onset Processes*

mehr Aufmerksamkeit zu schenken, also dem Anstieg des Meeresspiegels, den steigenden Temperaturen, der Ozeanversauerung, dem Gletscherrückgang oder der Land- und Walddegradation. Um besonders gefährdete Länder des Globalen Südens ausreichend zu unterstützen, muss das Santiago-Netzwerk zur Abwendung, Minimierung und Bewältigung von Schäden und Verlusten infolge des Klimawandels (*Santiago Network on Loss and Damage*) im Zusammenhang mit den negativen Folgen des Klimawandels in seinem Mandat gestärkt werden.

Der 2013 gegründete Internationale Warschau-Mechanismus (WIM) hat zur Aufgabe, die Förderung von Maßnahmen und Hilfen, einschließlich Finanzhilfen, bei Schäden und Verlusten durch die Klimakrise zu ermöglichen. Um diese Aufgabe umsetzen zu können, sind eine sichtbare Aufstockung der Finanzierung dieses Mechanismus durch Industrieländer sowie innovative, verursacherbasierte Finanzinstrumente vonnöten.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ auf der COP26 erste Zusagen zur **Bereitstellung neuer und zusätzlicher Finanzmittel für Schäden und Verluste** zu machen, die über die Zusagen für Minderung und Anpassung hinausgehen. Das Steuerungsgremium des Warschau-Mechanismus soll das Mandat erhalten, mögliche Finanzquellen für neue und zusätzliche Mittel zu identifizieren.
- ▶ darauf hinzuwirken, dass das noch auszuhandelnde Ziel für die Klimafinanzierung für die Zeit nach 2025 ein **separates Unterziel für die Bewältigung unvermeidlicher Schäden und Verluste** erhält. Zudem sollte die Bundesregierung zusätzliches Geld für diesen Bereich bereitstellen. Das Ziel für 2025 sollte nicht mehr auf der Basis von der freiwilligen Zusagen von den Geberländern, sondern ausgehend vom Bedarf festgelegt werden.
- ▶ dass bei der COP25 angestoßene **Santiago Network on Loss and Damage bei der COP26 unter dem Dach der UNFCCC anzusiedeln** und mit Finanzmitteln für die konkrete technische Beratung von Regierungen und anderen Akteure in Entwicklungsländern auszustatten. Wenn die internationalen Klimaverhandlungen zu langsam erfolgen, müssen Deutschland und die EU Kooperationen mit anderen Ländern suchen, um das Thema der Schäden und Verluste angemessen zu bearbeiten.
- ▶ das **Arbeitsprogramm der Task Force on Displacement der Vereinten Nationen zum Umgang mit klimabedingten Vertreibungen politisch und finanziell zu unterstützen** sowie die Umsetzung der Nansen-Initiative zum Schutz vor grenzüberschreitenden Vertreibungen im Kontext von Klimakatastrophen voranzutreiben. Die notwendigen Empfehlungen müssen mit dem Ziel umgesetzt werden, klimabedingte Vertreibung zu vermeiden.

6 | KLIMAFINANZIERUNG

2009 haben sich die Industrieländer dazu verpflichtet, die finanzielle Unterstützung für ärmere Länder bis 2020 auf jährlich 100 Milliarden US-Dollar zu steigern. 2015 wurde zudem festgelegt, dieses Niveau bis 2025 zu halten. Für die Zeit danach soll es ein neues Ziel zur Unterstützung ärmerer Länder geben.

Die weltweite jährliche Klimafinanzierung lag zuletzt bei rund 80 Milliarden US-Dollar. Nach wie vor ist das 100-Milliarden-Ziel also nicht erreicht. Einige Länder haben Zusagen gemacht, darunter auch Deutschland. Beim G7-Gipfel 2021 in Cornwall versprach die Bundesregierung, den deutschen Anteil der internationalen Klimafinanzierung bis spätestens 2025 von derzeit vier Milliarden Euro (an Haushaltsmitteln und Zuschussäquivalenten) auf dann sechs Milliarden Euro jährlich zu erhöhen. Dies ist ein wichtiger Schritt, aber angesichts

der Wirtschaftskraft und der Mitverantwortung Deutschlands für die Klimakrise eine unzureichende Erhöhung.

Die Verhandlungen über das neue Finanzierungsziel nach 2025 sollen noch dieses Jahr bei der COP26 beginnen. Das neue Ziel muss weit über die bisherigen Zusagen hinausgehen und den Bedürfnissen der Länder gerecht werden, die von der Klimakrise am meisten betroffenen sind und über wenige finanzielle Ressourcen verfügen. Dabei sollten sowohl Anpassung und Minderung als auch Schäden und Verluste berücksichtigt werden.

Die Vertragsstaaten der UN-Klimakonvention, aber auch private Akteure und Entwicklungsbanken sollten sich im November auf ein Ende der Investitionen in fossile Brennstoffe einigen und eine Umverteilung der Mittel zugunsten klimafreundlicher Investitionen in die Wege leiten.

WIR FORDERN DIE BUNDESREGIERUNG AUF:

- ▶ darauf hinzuwirken, dass das **100-Milliarden-Ziel vor allem durch neue Zusagen und zusätzlich zur öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) erreicht** wird. Die Unterstützung von Anpassungsmaßnahmen sollte auf 50 Prozent der gesamten Klimafinanzierung gesteigert werden.
- ▶ auf der COP26 **eine Verdopplung der bisherigen deutschen Klimafinanzierung** auf acht Milliarden Euro pro Jahr bis 2025 aus Haushaltsmitteln anzukündigen. Während zusätzliche Mittel für den Umgang mit Schäden und Verlusten bereitgestellt werden, sollte der Anteil für die Anpassung bis 2025 schrittweise auf 50 Prozent steigen.
- ▶ sich für ein **Ende der Investitionen in fossile Brennstoffe einzusetzen und eine Umverteilung der Mittel zugunsten klimafreundlicher Investitionen in die Wege zu leiten.**

7 | ÜBER DIE COP26 HINAUSDENKEN

Die Umsetzung dessen, was auf der COP26 mit der internationalen Staatengemeinschaft verhandelt und beschlossen wird, muss auf nationaler Ebene stattfinden. **In vielen Ländern gibt es dabei jedoch große Defizite. Deutschland und die EU müssen ihre globale Verantwortung wahrnehmen und Klimaschutzmaßnahmen „zu Hause“ konsequent umsetzen.** Der *European Green Deal* und das *Green Recovery*-Programm müssen hierbei den Rahmen setzen, um Wirtschaft und Gesellschaft schnell anzupassen. Ebenso sollte Deutschland eine Schlüsselrolle beim Aufbau von bi- und multilateralen Partnerschaften einnehmen mit dem Ziel, das Pariser Klimaabkommen und die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) auf Basis der Menschenrechte umzusetzen.

Die COVID-19-Pandemie hat die Schwächen unseres Wirtschaftens und unserer Gesellschaften wie unter einem Brennglas verdeutlicht. Eine Wende hin zu einer klimafreundlichen und nachhaltigen Zukunft ist möglich

und längst überfällig. Dazu müssen alle Wiederherstellungsmaßnahmen und Investitionen nach der Pandemie im Einklang mit dem Pariser Abkommen stehen. Es ist notwendig, dass die Maßnahmen soziale Ungerechtigkeiten beseitigen und die Klimaschutzmaßnahmen so sozial und gerecht ausgestaltet werden.

Wir fordern die neue Bundesregierung auf, mit einem Sofortprogramm und dem Koalitionsvertrag zu beweisen, dass sie Klimaschutz ernst nimmt und sich dafür einsetzt, die nationalen Klimaziele zu erreichen. Mit der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 hat die Bundesregierung zudem die Chance, das Thema auch auf der internationalen Bühne voranzutreiben und sich für eine kollektive Erhöhung der Klimaziele und der Klimafinanzierung durch die G7-Staaten einzusetzen. Diese können bei der COP27 im Jahr 2022, die voraussichtlich auf dem afrikanischen Kontinent stattfinden wird, und im Rahmen des *Global Stocktake* 2023 weiter angezogen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Klima-Allianz Deutschland

Invalidenstraße 35, 10115 Berlin

Telefon: 030 7808995-10

E-Mail: info@klima-allianz.de

Internet: www.klima-allianz.de

**VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.**

Stresemannstraße 72, 10963 Berlin

Telefon: 030 2639299-10

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Redaktion: Elisa de Siqueira, Malte Hentschke-Kemper

Inhaltliche Mitarbeit: Sven Harmeling, Jan Kowalzig, Katrin Reißig, Hannah Springer,
Rixa Schwarz, Patricia Bohland

Endredaktion: Julia Dittmann, Janna Völker

Lektorat: Grünes Lektorat | Dr. Agnes Przewozny, Wort und Image | Marina Schröder-Heidtmann

Foto: Holli/Shutterstock.com

Layout: dieprojektoren.de

Berlin, Oktober 2021

Dieses Positionspapier wurde im Rahmen des VENRO-Projekts Agenda 2030 entwickelt.
Dieses ist gefördert durch Engagement Global mit Mitteln des BMZ.





**Klima
Allianz**
Deutschland

VENRO
•••••
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
UND HUMANITÄRE HILFE

Die **Klima-Allianz Deutschland** ist das breite gesellschaftliche Bündnis für den Klimaschutz. Mit ihren mehr als 140 Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Entwicklung, Bildung, Kultur, Gesundheit, Verbraucherschutz, Wohlfahrt, Sozial, Jugend und Gewerkschaften setzt sie sich für eine ambitionierte Klimapolitik und eine erfolgreiche Energiewende auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein. Ihre Mitgliedsorganisationen repräsentieren zusammen rund 25 Millionen Menschen.

www.klima-allianz.de

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören rund 140 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von **VENRO** ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

www.venro.org